

Es ist höchste Zeit, dass uns die Gesundheitsminister/-innen endlich zuhören!

Der Applaus von gestern muss zu höheren Löhnen, mehr Personal und öffentlich finanzierten, qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Sozialdiensten führen!

Vor zwei Jahren haben Millionen von Menschen in der EU den „Helden“ applaudiert, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Kliniken im Einsatz waren. Inzwischen sieht es so aus, als seien diese Menschen vergessen worden.

Ruft mit uns gemeinsam die EU-Gesundheitsminister/-innen auf, diese wertvolle und existenziell wichtige Arbeit der Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialdiensten anzuerkennen.

Europa muss sich für mehr öffentliche Mittel für Gesundheit und Pflege einsetzen! Wir lehnen jede Rückkehr zur Austeritätspolitik ab! Wir sind gegen die Kommerzialisierung unserer Gesundheits- und Pflegesysteme!

Die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen können und wollen nicht warten, bis das System zusammenbricht.

Schließt euch am Freitag, 9. Dezember, unserer Delegation von Gewerkschaften aus ganz Europa an! Sorgen wir dafür, dass unsere Stimmen gehört werden!

Aus diesem Grund stellen wir folgende Forderungen an die Mitgliedstaaten:

ANERKENNUNG der Brisanz der Krise in den Gesundheits- und Sozialdiensten.

STÄRKUNG der Strukturen für Kollektivverhandlungen und sektorale Kollektivvereinbarungen, die adäquate, bedarfsorientierte Personalschlüssel, faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte festschreiben.

EINSETZUNG eines Ausschusses für den sozialen Dialog im Sektor Sozialdienstleistungen, wie von EGÖD und den Arbeitgebern in der Sozialwirtschaft gefordert.

GEWÄHRLEISTUNG einer ausreichenden öffentlichen Finanzierung, damit das Personal in den Gesundheits- und Sozialberufen eine qualitativ hochwertige Versorgung leisten kann.

AUSSCHLUSS der Gesundheits- und Pflegedienste von Austeritätsmaßnahmen.

ERHALT der Gesundheits- und Pflegedienste als öffentliches Gut und Verhinderung ihrer Kommerzialisierung.

GEWÄHRLEISTUNG, dass eventuell erwirtschaftete Gewinne erneut investiert werden, um Arbeitsbedingungen und Care-Leistungen zu verbessern.

ABKEHR von der Kommerzialisierung von Gesundheit und Pflege, um die Krisenfestigkeit des Sektors zu erhalten und um die Rechte der Empfänger/-innen dieser Leistungen in den Mittelpunkt zu stellen.

AUSSCHLUSS von Unternehmen, die keine Kollektivvereinbarungen abschließen, vom Zugriff auf öffentliche Gelder.

UMSETZUNG der europäischen Pflegestrategie durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem EGÖD und den europäischen Institutionen, strengere Verordnungen und Einführung von qualitätsbasierten Mechanismen für den Zugang zu öffentlichen Mitteln für Care-Leistungen.

VERBESSERUNG des Arbeitsschutzes und seiner Finanzierung einschließlich Maßnahmen gegen psychosoziale Risiken und Post-COVID.

ENTWICKLUNG einer speziellen Richtlinie zu psychosozialen Risiken, um Arbeitnehmer/-innen vor arbeitsbedingtem Stress und Burnout zu schützen.

RÜCKKEHR zur öffentlichen Organisation von Care-Diensten.

ANERKENNUNG der wichtigen Rolle, die Sozialdienste in unseren Gesellschaften übernehmen.

VERRINGERUNG von Ungleichheiten durch die Garantie eines universellen Zugangs zu Gesundheitsdiensten und des Rechts auf Langzeitpflege.

VERBESSERUNG der Zusammenarbeit zwischen den relevanten europäischen Organisationen, darunter WHO-Europa, IAO-Europa, Europarat und die EU-Institutionen zur Lösung von Problemen im Gesundheitssektor.

SCHUTZ medizinischer Daten im Rahmen einschlägiger aktueller und zukünftiger Verordnungen.

UMSETZUNG der Europäischen Säule sozialer Rechte, besonders im Bereich Gesundheit und Pflege.

ANERKENNUNG von COVID-19 als Berufskrankheit, wie vom Beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz empfohlen.